

11 MAY 66

Herr Gehlen ans Telephon!

VON HANS REISER, BONN

Ein jüngst entworfener Gummiparagraph par excellence birgt die Gefahr in sich, daß die Bundesrepublik nach dem kaum überstandenen Streit um gewisse Praktiken des Verfassungsschutzes auf eine permanente Telefonaffäre zusteuert. Unter den Papieren, die BundesInnenminister Lücke nach Abschluß der Vorbereitungen über die Notstandsverfassung in der sogenannten Zwölferkommission den Abgeordneten für die weiteren Erörterungen in den Fraktionen mitgab, war auch der Referentenentwurf für das Ausführungsgesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes. Der Artikel schützt das Post- und Fernmeldegeheimnis. Schon in der Verfassung heißt es ergänzend: „Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden.“ Bisher gab es dieses Gesetz nicht, abgesehen von einigen verstreuten Vorschriften über die Rechte der Justiz bei der Verfolgung krimineller Straftaten. Die deutschen Geheimdienste behielten sich ohne Ausnahme damit, daß sie an den Möglichkeiten der Alliierten partizipierten, die jene sich bis zur Ablösung durch deutsches Recht für die Sicherheit ihrer Truppen ausbedungen hatten.

Um die Ablösung dieser alliierten Vorbehalte geht es der SPD, wenn sie immer wieder darauf besteht, zugleich mit der Notstandsverfassung alle zusammenhängenden Fragen zu behandeln. Unter den Parlamentariern gibt es kaum Streit, daß auch für den Staatsschutz bestimmte Einschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses nicht zu umgehen sein werden. Sollen sie einen Sinn haben, darf der so Überwachte nichts davon wissen. Das führt zu schwierigen verfassungsrechtlichen Komplikationen. Nicht nur weil nach dem Grundgesetz kein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden darf, sondern auch weil der Rechtsweg gegen jedes Vorgehen der öffentlichen Gewalt zulässig sein muß, in diesem Fall jedoch nicht garantiert werden kann. Angesichts dieser Überlegungen ist es nicht verwunderlich, daß Lücke den für das Ausführungsgesetz zu Artikel 10 notwendigen Entwurf einer Grundgesetzänderung noch nicht vorgelegt hat. Die Vorstellungen, die seine Beamten dazu entwickelt haben, scheinen jedoch zumindest als Diskussionsgrundlage brauchbar zu sein.

Bis auf den Gummiparagraphen für den Bundesnachrichtendienst gilt das auch für den Inhalt des Ausführungsgesetzes. Höcherl hatte noch einen Senatspräsidenten beim Bundesgerichtshof als Genehmigungsinstanz für Post- und Telephonkontrolle in Einzelfällen (bei starken Anhaltspunkten für einen dringenden Tatverdacht) vorgesehen. Lücke hat sich für einen Bundesminister entschieden, weil einmal die Rich-

ter von Höcherls Vorschlag nicht begeistert waren und weil er zum anderen die politische Verantwortung stärker betonen wollte. Wenn der Minister außerdem, wie vorgesehen, einem Parlamentariergremium berichten muß, so läßt sich gegen diesen Plan kaum viel einwenden.

Um so größer müssen die Bedenken gegen die vorgesehenen, praktisch unbegrenzten Möglichkeiten für die frühere Organisation Gehlen sein, Briefe und Telegramme mitzulesen, Telefongespräche mitzuhören. Hier wird der Bogen des Zumutbaren entschieden überspannt. Höcherl hatte die Forderung des Bundesnachrichtendienstes, zu dessen Fürsprecher sich Minister Krone gemacht hatte, als Geheimsache zusätzlich zu seinem urprünglich diskutablen Entwurf dem Bundesstag in der vierten Legislaturperiode nachgereicht. Lücke hat ihn ohne weiteres in den Referentenentwurf aufnehmen lassen. Begründung: Nur unter diesen Voraussetzungen sind die Alliierten, vor allem die Amerikaner bereit, auf ihre Vorbehaltsrechte zu verzichten.

Die Vermutung liegt nahe, daß eine internationale der Spionageoffiziere die Politiker überspielen will. Für Gehlen dürfte es nicht allzu schwierig gewesen sein, beim CIA oder anderswo einen entsprechenden Brief in seinem Sinne zu erhalten, nachdem die Botschaften vorher mehr oder weniger formell zu erkennen gegeben hatten, ihnen genüge Höcherls erste Fassung. Vielleicht hat die Gehlenzentrale in Pullach von ihrer Sicht aus Veranlassung zu dieser Forderung, obwohl sich auch darüber streiten ließe. Unstrittig müßte allerdings sein, daß die Politiker, wollen sie nicht einer allgemeinen Bespitzelung Tür und Tor öffnen, nur ablehnen können. Wenn das Kabinett sich dazu nicht aufrafft, muß es das Parlament tun.

„Um einer Gefahr für die äußere Sicherheit des Bundes zu begegnen“, wie es in der Vorlage wörtlich heißt, darf man nicht die innere Sicherheit seiner Bürger aufs Spiel setzen. Das geschähe, wenn der Bundesnachrichtendienst die vorgesehenen Vollmachten erhalte. Vage Verdachtsmomente würden genügen, um Hunderte, wenn nicht Tausende, einer Post- und Telephonkontrolle auszusetzen, nur weil vielleicht einer unter ihnen ist, an dem die Spionageabwehr berechtigterweise interessiert wäre. Wenn die Alliierten sich bisher ähnlicher Praktiken bedienten, ist dies kein Grund, deutsches Recht daraus zu machen. Gerade wenn man nicht zu den prinzipiellen Gegnern einer Notstandsverfassung gehört, muß man vor solchen Entwicklungen warnen. Wenn es sich die Gegner manchmal zu leicht machen, sollte niemand dasselbe von den Befürwortern sagen können.

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCES METHODS EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2001 2005